

Kebschull, Dietrich; Schoop, Hans-Gunter

Article — Digitized Version

Rohstoffsicherung und Entwicklungsländer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich; Schoop, Hans-Gunter (1974) : Rohstoffsicherung und Entwicklungsländer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 121-126

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134654>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rohstoffsicherung und Entwicklungsländer

Dietrich Keschull, Hans-Gunter Schoop, Hamburg

Die zeitweilige Sperrung der Erdöllieferungen bzw. ihre Verminderung durch die OAPC-Staaten haben weitgehende Konsequenzen für den gesamten Rohstoffbereich gehabt. Schon der weltweite Preisanstieg für Rohstoffe, dessen Ausmaß erheblich über alle bisherigen Boomphasen der Nachkriegszeit hinausgeht, signalisiert Veränderungen auf der Nachfrager- und Anbieterseite.

Befürchtungen der Industrieländer

Anbieterländer, deren Exporterlöse in erster Linie von Rohstoffausfuhren abhängig sind, sehen – in weit stärkerem Maße als bisher – Möglichkeiten, durch Angebotsverknappung und -streckung sowie durch eine koordinierte Absatzpolitik die Preise ihrer Produkte und zugleich ihre entsprechenden Ausfuhrerlöse in die Höhe zu treiben. Diese Bestrebungen beschränken sich nicht nur auf bestimmte Erze und Mineralien, wie z. B. Kupfer, wo im Rahmen der CIPEC entsprechende Diskussionen geführt werden, oder auf Aluminium und Bauxit¹⁾, sondern greifen auch auf landwirtschaftliche Rohstoffe über. Kennzeichnend dafür ist der Vorstoß Äthiopiens zur Verknappung des Kaffeeangebots und die Suche nach neuen Formen der Zusammenarbeit mit den übrigen Produzenten²⁾.

In relativ rohstoffarmen und -abhängigen Industrieländern wie der Bundesrepublik Deutschland wecken diese neuen Initiativen Befürchtungen, die in einigen Fällen bis zur Panik gehen. Fast vergessen sind die Zeiten, in denen noch intensiv das Für und Wider einer Erleichterung des Marktzugangs für Rohstoffe und die weiterverarbeiteten Produkte aus Entwicklungsländern erörtert wurde. Die kühle Zurückhaltung in diesem Punkt ist heute eindeutig der Forderung nach einer breit angelegten Sicherungspolitik durch eine „resources diplomacy“ gewichen. Unklar ist dabei allerdings, bei welchen Rohstoffen eine derartige Politik – wenn über-

haupt – sinnvoll ansetzen sollte und welche Maßnahmen im einzelnen auf internationaler, nationaler, staatlicher und privater Ebene eingesetzt werden könnten.

Interessenlage der Entwicklungsländer

Nach den Erfahrungen auf dem Ölgebiet werden die Rohstofffragen in besonders engem Zusammenhang mit den Entwicklungsländern gesehen. Tatsächlich verfügen diese Staaten insgesamt über große Vorräte an Öl, Erzen, Nichteisenmetallen und sonstigen natürlichen Rohstoffen. Sowohl aufgrund ihres niedrigen Entwicklungsstandes als auch der Auswirkungen der kolonialen Epoche und einer in der Folgezeit vorwiegend auf Nutzung der natürlichen Ressourcen ausgerichteten Politik der Industrieländer bildet die Ausfuhr von Rohstoffen in den meisten Staaten der Dritten Welt die Hauptdevisenquelle.

Im Hinblick auf die wachstums-, beschäftigungs-, regional- und strukturpolitischen Ziele dieser Länder hat der Rohstoffbereich insofern eine Schlüsselposition. Die Stabilisierung oder Erhöhung der Preise bzw. Erlöse bildet die Grundlage für die störungsfreie Finanzierung wachstumsnotwendiger Projekte und Programme bzw. der gesamten Entwicklungspläne. Durch Erleichterung des Marktzugangs und Steigerung der Absatzmengen sollen

¹⁾ Vgl. Kaiserliche Kaffeepreise. In: Die Welt vom 4. 2. 1974. Zu den Möglichkeiten einer gemeinsamen Absatzpolitik bei den Rohstoffen Kakao, Baumwolle, Kautschuk und Zinn vgl. auch D. Keschull, A. Borrmann, F.-J. Jägeler, M. R. Schams, U. Steuber: Vermarktung und Verteilung von Rohstoffen, Hamburg 1973.

Dr. Dietrich Keschull, 33, ist Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Hans-Gunter Schoop, 32, Dipl.-Kaufmann, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter dieses Instituts.

²⁾ Vgl. Bonn feilt am Rohstoffkonzept. In: Handelsblatt vom 18. 2. 1974.

außerdem zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Interessen der Bundesrepublik

Diese Vorstellungen stehen im Einklang mit der offiziellen Entwicklungspolitik der Bundesrepublik, die darauf ausgerichtet ist, „den Entwicklungsländern zu helfen, ihr Potential an Bodenschätzen zu erkennen und im eigenen Interesse zu nutzen“³⁾. Im Rahmen der personellen und finanziellen Zusammenarbeit sollen „Forschung, gezielte Prospektion“ sowie „Aufbau wirtschaftlich arbeitender Gewinnungs- und Verarbeitungsbetriebe in Entwicklungsländern“⁴⁾ gefördert werden, „um den Anteil der Wertschöpfung, der dem rohstoffproduzierenden Land verbleibt, nachhaltig zu erhöhen“⁵⁾. Dabei sollen arbeitsintensive Produktionen bevorzugt berücksichtigt werden. Außerdem wird das Recht der Entwicklungsländer, „über Umfang und Art der Verwendung ihrer Bodenschätze ... selbst zu bestimmen“, voll anerkannt⁶⁾.

Diese Konzeption erhält gerade unter dem Aspekt einer Sicherung der Rohstofflieferungen in die Bundesrepublik für alle Formen zukünftigen Engagements in der Dritten Welt besondere Bedeutung. Denn um das wirtschaftliche Wachstum in Zukunft auch nur annähernd zu sichern, sind auf lange Sicht umfangreiche Rohstoffimporte notwendig. Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Industrie in starkem Maße durch Preis, Menge und Zeitpunkt der Lieferungen beeinflusst.

Der einfache Vergleich der Inlandsförderung und des Gesamtverbrauchs – als wohl einfachster Indikator für die Versorgungslage – ergibt für die

Inlandsförderung und Verbrauch bestimmter Rohstoffe in der Bundesrepublik im Jahr 1972

Rohstoff	Einheit	Inlandsförderung	Verbrauch	Inlandsförderung in % des Verbrauchs
Steinkohle a)	Mill. t	102,5	88,6	116
Braunkohle a)	Mill. t	110,4	101,3	109
Erdöl	Mill. t	7,1	134,0 b)	5
Erdgas	Mrd. m ³	17,7	27,5	65
Kupfer c)	1000 t	1,3	524 d)	0
Blei c)	1000 t	38,5	326 e)	12
Zink c)	1000 t	122	435 e)	28
Zinn c)	1000 t	—	16	0
Nickel	1000 t	—	43	0
Eisenerz	Mill. t	1,7	25	7
Manganerz	1000 t	—	572	0
Chromerz	100 t	—	372 f)	0
Wolframerz	1000 t	—	6 f)	0
Molybdänerz	1000 t	—	14 f)	0
Titanerz	1000 t	—	457 f)	0
Bauxit	1000 t	2	944 e) g)	0

a) Einschließlich Kohle und Brikett. b) Einschließlich Eigenverbrauch der Raffinerien. c) Metallinhalt. d) Ohne Alt- und Abfallmetall. e) Einschließlich Umschmelzmetall. f) Einfuhrwerte. g) Aluminium.

Quelle: F.-J. Jäger: Dependence on Foreign Raw Materials. In: INTERECONOMICS, H. 4 (1974).

Bundesrepublik auf den ersten Blick ein nicht gerade erfreuliches Bild. Denn neben dem hinreichend bekannten Mangel an Erdöl zeigt sich die Einfuhrabhängigkeit besonders deutlich bei Eisenerz, Nichteisenmetallen und der Gruppe der Stahlveredler.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei Rohstoffen wie Kautschuk, Baumwolle, Jute, Sisal und Kaffee, Tee, Kakao sowie z. B. Bananen eine vollständige Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland besteht.

Voraussetzungen der Lieferverknappung

Diese Abhängigkeit wird nicht unbedingt dadurch reduziert, daß die Lieferungen bei einigen wichtigen Rohstoffen – sowohl der Grundstoffe selbst als auch erster weiterverarbeiteter Produkte – zum großen Teil aus Industrieländern erfolgen. Denn es gibt keinerlei Garantie dafür, daß rohstoffreiche Länder wie Kanada und Australien Preiserhöhungsbestrebungen der Entwicklungsländer (z. B. bei Kupfer, Zink oder Bauxit) durch eine Steigerung ihres Angebots entgegenwirken oder entstehende Lieferengpässe ausfüllen. Ganz im Gegenteil erscheint es denkbar, daß sie sich in einer entsprechenden Situation Preiserhöhungen anschließen und eine Politik der Schonung bzw. Streckung ihrer eigenen Reserven verfolgen. Auch kann man nicht davon ausgehen, daß Länder mit großen Hüttenkapazitäten, die wichtige Lieferanten der Bundesrepublik sind, in Krisensituationen nicht auch von ihrer Rohstoffbasis abgeschnitten werden⁷⁾. Eine Sicherung der Lieferungen in die Bundesrepublik ist damit – trotz möglicherweise bestehender Kontrakte mit Unternehmen in diesen Ländern – nicht zwangsläufig vorhanden.

Allerdings sind Maßnahmen der Entwicklungsländer, die auf eine gemeinsame Verknappung des Angebots oder einen totalen Lieferstopp für einen begrenzten Zeitraum hinauslaufen, um auf diese Weise ihre Preisvorstellungen zu verwirklichen, an bestimmte Vorbedingungen gebunden. Dazu gehören in erster Linie

die Anerkennung der Marktführerschaft eines oder mehrerer wichtiger Produzentenländer,

die geographische Konzentration der Lager bzw. Erzeugerstätten,

eine weitgehende Interessengleichheit auf politischem, zumindest aber auf wirtschaftlichem Gebiet,

³⁾ Siehe Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdzade, zweite, fortgeschriebene Fassung, Bonn 1973, S. 14.

⁴⁾ Ebenda.

⁵⁾ Ebenda.

⁶⁾ Ebenda.

⁷⁾ Dies kann z. B. für die Bezüge von Kupfer- und Zinnmetall aus Großbritannien, Belgien und den Niederlanden gelten.

die Möglichkeit, einen Lieferboykott bzw. eine Verringerung des Angebots über längere Zeit durchhalten zu können,

Einflußmöglichkeiten auf die Produzenten durch Maßnahmen der Regierungen in den Erzeugerländern.

Um eine Politik der Marktsperre oder kartellähnlicher Marktbeherrschung durchführen zu können, müssen diese Bedingungen nicht insgesamt erfüllt sein. Fehlen sie jedoch alle, so sind Liefer-schwierigkeiten für die Bundesrepublik nahezu völlig auszuschließen.

Wenig wahrscheinlich und mit geringen Aussichten auf Erfolg dürfte eine gemeinsame Verknappungspolitik der Erzeugerländer auch dann sein, wenn

die Substitution durch Synthetika ohne sehr hohe Kosten und aufgrund des technischen Wissens ohne lange zeitliche Verzögerung möglich ist,

zumindest für begrenzte Zeit auf den Konsum bzw. den Einsatz von Rohstoffen verzichtet werden kann,

die Entwicklungsländer bereits Hauptverbraucher bestimmter Rohstoffe sind.

Zieht man alle diese Aspekte in Betracht und unterstellt man, daß die Ostblockstaaten zumindest vorläufig weder als Lieferanten noch als Nachfra-

ger eine fühlbare Veränderung der Marktlage bewirken können, so erscheint die anfänglich aufgezeigte Lieferabhängigkeit der Bundesrepublik weniger dramatisch. Außer bei Erdöl besteht die Gefahr einer Lieferverknappung bzw. eines befristeten Stopps im Grunde nur bei Kupfer und Zinn sowie – mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit – bei Nickel und einigen anderen Metallveredlern.

Geringe Versorgungsschwierigkeiten sind daneben allenfalls bei Kautschuk – solange die Ölknappheit anhält – denkbar. Bei Nahrungsmitteln wie Kaffee, Tee, Kakao oder Bananen sprechen – neben der unterschiedlichen Interessenlage der Erzeugerländer und der weiten regionalen Streuung der Produktionsgebiete – vor allem die begrenzte Lagerfähigkeit sowie der starke Einfluß einzelner wichtiger Produktionsunternehmen gegen eine längerfristige Liefereinschränkung^{*)}.

Wenig Anlaß zur Panik

Wenn insofern zwar weder Grund zu einer Panikmache noch zu einer übersteigerten Furcht vor Versorgungsengpässen besteht, so können sich Regierung und Unternehmen andererseits auch nicht

^{*)} Vgl. dazu K. Fasbender, H. Hasenpflug, F.-J. Jäger, D. Kobschull: EWG-Zollpräferenzen und Welthandelsstruktur – Die Auswirkungen der Assoziierungs- und Präferenzabkommen auf die Struktur des Welthandels, Hamburg 1973, S. 77 ff.

Deutsche Bank - international seit 1870

Als internationale Bank bieten wir Ihnen:

- einen Stab von Spezialisten, der sich in der Welt auskennt, um Ihre Probleme weiß und Ihnen Lösungsmöglichkeiten anbieten kann;
- als verlängerten Arm unseren Mann im Management unserer internationalen Beteiligungen und „Joint ventures“;
- das Potential, Ihre weltweiten Investitions-

projekte mit internationalen Krediten und Anleihen zu finanzieren.

Seit 5 Jahren sind wir führend im internationalen Emissionsgeschäft.

Mehr als 1.100 Geschäftsstellen der Deutschen Bank überall in der Bundesrepublik zeigen Ihnen den Weg zu allen wichtigen Plätzen der Erde und stellen für Sie die Verbindung zu unseren internationalen Experten her.

DEUTSCHE BANK
...die führende deutsche Außenhandelsbank

in der Sicherheit wiegen, daß die Politik der Ölländer in den letzten Monaten ein einzigartiger, nicht kopierbarer Vorgang im Rohstoffbereich bleiben wird. Für die geringe Zahl der potentiell knappen Rohstoffe sind neue Überlegungen zur Sicherung der Versorgung notwendig.

Kooperation statt Konfrontation

Sinnvoll dürften nur solche versorgungspolitischen Maßnahmen sein, die nicht das Risiko einer lang anhaltenden oder gar dauerhaften Konfrontation zu den Lieferländern beinhalten, sondern die längerfristig zu einem Interessenausgleich zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern führen.

Sieht man einmal von Maßnahmen ab, die nicht die Beschaffungs-, sondern die Verwendungsseite eines Sicherungskonzeptes betreffen und die z. B. über die Förderung des technischen Fortschritts, die Substitution knapper durch reichlicher vorhandene Rohstoffe sowie durch die Intensivierung und Anwendung von Recycling-Verfahren auf eine Verlangsamung des Verbrauchsanstiegs ausgerichtet sind, und berücksichtigt man dabei, daß derartige Maßnahmen nur indirekt zur Sicherung der Rohstoffversorgung beitragen, so haben folgende sowohl versorgungspolitisch als auch entwicklungs- politisch in der Diskussion stehende Instrumente hohe Priorität:

- die Schaffung von bzw. der Beitritt zu bilateralen und multilateralen Rohstoffvereinbarungen und -abkommen,
- der Aufbau oder die Erweiterung einer Rohstofflagerhaltung,
- die Beteiligung an bestehenden bzw. neuen Rohstoffunternehmen im Ausland mit der Blickrichtung auf eine Diversifizierung der Bezugsstruktur und
- die Auslagerung von nachgelagerten Verarbeitungsstufen in die Rohstoffproduzierländer bzw. die Beteiligung der Rohstoffproduzenten an Verarbeitungsindustrien in den Verbraucherländern⁹⁾.

Bilaterale Rohstoffvereinbarungen

Eines der klassischen Instrumente zur Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen sind langfristige Lieferverträge zwischen Rohstoffproduzenten und -verbrauchern. Diese zwischen Einzelunternehmen geschlossenen Verträge kämen in der Bundesrepublik insbesondere zwischen Verarbeitern von Erzen und Metallen und Bergbau- bzw. Hüttenunternehmen im Ausland zum Tragen. Da in der Regel die Kontrakte über feste Mengen und Preise abgeschlossen werden, bieten sie sowohl eine Bezugs- wie auch eine Absatzgarantie, die je nach der Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoff-

⁹⁾ Der vielfach geforderte Gegenboykott (Handelskrieg) erscheint aus ökonomischen und politischen Erwägungen indiskutabel und wird daher nicht behandelt.

märkten entweder vom Verarbeiter oder Rohstoffproduzenten „finanziert“ werden muß.

Vordergründig betrachtet, könnte man in derartigen langfristigen Lieferverträgen ein nahezu ideales Instrument zur Kooperation zwischen Unternehmen in Rohstoffproduzierländern und Verbraucherländern sehen. Berücksichtigt man dagegen die oft abrupten und sehr heftigen Preisschwankungen bei den verschiedenen Rohstoffen, so ist keineswegs gesichert, daß es längerfristig zu einem Ausgleich zwischen Aufgeldzahlung für die Bezugsgarantie und Erlöseinbuße für die Absatzgarantie kommt.

Unter dem mengenmäßigen Aspekt der Rohstoffversorgung bieten langfristige Lieferverträge dagegen ein recht hohes Maß an Sicherheit, wenn auch die politischen und sozialen Risiken in den Lieferländern damit keineswegs ausgeschaltet werden können. Hier wären die rohstoffverarbeitenden Unternehmen in der Bundesrepublik gut beraten, wenn sie sich durch den Abschluß von Parallelverträgen mit mehreren anderen Lieferfirmen gegen das Risiko einer einseitigen Abhängigkeit schützen würden.

Für die Rohstoffländer bergen Verträge dieser Art langfristig die Gefahr in sich, daß die historisch gewachsene Arbeitsteilung zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern festgeschrieben wird und daß eine direkte Diversifizierung der Produktions- und Exportstruktur zumindest so lange unterbleibt, wie die produzierten Rohstoffmengen nahezu vollständig über vertraglich vereinbarte Liefermengen abgesetzt werden.

Mit den politischen, sozialen und preislichen Risiken sind auch bilaterale Abkommen behaftet, in denen der Staat als Vertragspartner auftritt. Hier kommen allerdings noch ordnungspolitische Bedenken zum Tragen. Denn wenn staatliche Körperschaften als Abnehmer großer Rohstoffmengen auftreten, die in privaten Unternehmen verarbeitet werden, ist eine Verteilung der Liefermengen, die nicht über den Preis, sondern über feste Quoten erfolgen würde, in einem marktwirtschaftlichen System mehr als zweifelhaft – ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich bei einer „gerechten“ Festsetzung der Quoten ergeben. Ähnliche Bedenken gelten im übrigen auch für das z. B. von Japan teilweise angewendete Instrument des Barter-Geschäftes.

Multinationale Rohstoffabkommen

Bei den insbesondere von den Entwicklungsländern geforderten multinationalen Rohstoffabkommen kann es sich dagegen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung lediglich um Rahmenabkommen handeln, die zur Ergänzung, nicht aber zum Ersatz anderer Instrumente der Sicherung einer Rohstoffversorgung geeignet sind. Ziel dieser Ab-

kommen ist in erster Linie die Milderung der oft heftigen Preisschwankungen bei den verschiedenen Rohstoffen. Sie sollen einerseits zu einer Stabilisierung der Exporterlöse der Lieferländer und andererseits zur Versorgung der Verbraucherländer mit kalkulierbarem Preisrisiko beitragen. Berücksichtigt man jedoch, daß die meisten der bisher abgeschlossenen Rohstoffabkommen wie im Falle des Zinnabkommens aufgrund der Knappheits- und spekulationsbedingten Preisentwicklung, die inzwischen weit über den im Abkommen vereinbarten oberen Interventionspunkt hinausgeschossen ist, faktisch außer Kraft gesetzt sind, so wird deutlich, daß diese Abkommen unter dem Aspekt der Sicherung der Rohstoffversorgung nur von recht geringem Wert sind.

Die mit derartig hohen Rohstoffpreisen verknüpften steigenden Exporterlöse sind unter entwicklungs- politischem Aspekt auf den ersten Blick positiv zu beurteilen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der im Boom-Jahr 1973 zu verzeichnenden Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten auch in den steigenden Gewinnungskosten – insbesondere in der Bergwerkproduktion – begründet sind, und somit zwar etwas über die Erlös-, jedoch nichts über die Gewinnssituation der Bergbauunternehmen ausgesagt werden kann. Geht man allerdings davon aus, daß auch die Gewinne aus dem Rohstoffabbau gestiegen sind, so liegt langfristig gerade darin ein entwicklungs- politisch sehr ernst zu nehmendes Problem der Rohstoffabkommen: Hohe Rohstoffpreise und daraus resultierende steigende Gewinne bieten erfahrungsgemäß nur wenig Anlaß, die Produktionsstruktur vertikal oder horizontal zu diversifizieren.

Rohstofflagerhaltung in der Bundesrepublik

Der in der Bundesrepublik zur Diskussion stehende Aufbau bzw. die Erweiterung von Rohstoff- lägern beruht im wesentlichen auf folgenden Vor- schlägen:

- Die Rohstoffverarbeiter bestimmen das Aus- maß ihrer Lagerhaltung allein,
- die Rohstoffverarbeiter werden im Rahmen ihrer privaten Lagerhaltung verpflichtet, gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserven zu lagern, oder
- der Staat baut strategische Läger auf, die er in Krisensituationen auflösen kann.

Gegen krisenhafte Verknappungssituationen dürf- ten letztlich nur die Verpflichtung zur Haltung von Mindestreserven und eine staatliche strategische Lagerhaltung einen gewissen Schutz bieten. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Sicherung der Versorgung.

Während der organisatorische Aufbau und die Kontrolle von einer Mindestreservelagerhaltung

durchaus denkbar und praktisch durchführbar er- scheint, ist die Finanzierung dieser Läger weitaus problematischer. Denn die einseitige Belastung der Verarbeiter mit den Kosten des Lageraufbaus und der laufenden Unterhaltung ist nur dann prak- tikabel, wenn die Überwälzung dieser Kosten auf die weiterverarbeitenden Industrien und schließ- lich auf den Endverbraucher möglich ist, ohne daß die Wettbewerbsposition der Rohstoffverarbeiter in der Bundesrepublik dadurch negativ beeinflußt wird. Berücksichtigt man allerdings, daß sowohl Japan als auch die USA die Kosten einer umfang- reichen nationalen Lagerhaltung aus dem Staats- haushalt finanzieren, so könnte sowohl unter Wett- bewerbs- als auch unter Rohstoffsicherungsaspek- ten auch die Bundesrepublik den Aufbau bzw. die Erweiterung einer nationalen Lagerhaltung in Er- wägung ziehen. Abgesehen vom Erdöl und vom Uran, wo eine staatliche Vorratswirtschaft in ge- wissem Umfang stattfindet, müßten angesichts der Importabhängigkeit insbesondere einige NE-Metal- le und Stahlveredler in das Konzept eines umfas- senden nationalen „stockpiling“ einbezogen wer- den.

Für die Entwicklungsländer unter den Rohstofflän- dern ist der Aufbau eines möglicherweise weltweit gespannten Netzes von strategischen Rohstoff- reserven nur solange unproblematisch, wie nicht Verkäufe aus den verschiedenen Rohstofflägern stattfinden, die über eine Vergrößerung des Ange- bots tendenziell preissenkend bzw. exporterlös- schmälern wirken. Insbesondere den USA wurde wiederholt der Vorwurf gemacht, durch Verkäufe aus Ihren strategischen Lägern die Preisentwick- lung auf den Rohstoffmärkten immer wieder zu- gunsten der Verbraucherländer beeinflußt zu ha- ben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß derartige angebotssteigernde Zusatzverkäufe auch nur kurzfristig die Preisentwicklung beeinflussen können, den langfristigen Preistrend jedoch unbe- rührt lassen.

Während unter kurzfristigen Gesichtspunkten eine staatliche Lagerhaltung ein sehr wirksames, wenn auch kostspieliges Instrument zur Sicherung der Rohstoffversorgung darstellt, läßt sich langfristig ein gewisses Maß an Sicherheit nur durch die Ein- schaltung in die Erzeuger- und Verteilersysteme herstellen.

Beteiligung an Rohstoffunternehmen im Ausland

Geht man einmal davon aus, daß der Erwerb an Grund und Boden in den meisten Entwicklungslän- dern für Ausländer inzwischen unmöglich gewor- den ist, so bleibt für alle ausländischen Investiti- onen auf der Abbau- bzw. Bergbaustufe nur die Form bestimmter „joint ventures“. Abgesehen da- von, daß die rechtlichen Rahmenbedingungen da- bei in den verschiedenen Anlageländern im Einzel-

fall geprüft werden müssen, scheint unabhängig von der Höhe des zugelassenen Beteiligungserwerbs hiermit ein Instrument geschaffen zu sein, das im Sinne eines auf Kooperation angelegten Versorgungskonzeptes von großer Bedeutung ist.

Wenn die Beteiligung an bestehenden Rohstoffunternehmen mit Lieferabsprachen verknüpft ist, dürfte durch das Beteiligungsengagement des Rohstoffverarbeiters und durch die damit gewährte Einflußnahme auf die Politik des Rohstoffunternehmens ein weitaus höheres Maß an Sicherheit in der Versorgung zu erreichen sein als im Falle der langfristigen Lieferverträge. Hinzu kommt, daß durch den Beteiligungserwerb dem chronischen Kapitalmangel der Entwicklungsländer begegnet werden kann. Dabei muß allerdings deutlich sein, daß auch der Beteiligungserwerb letztlich nicht gegen das Risiko der vollständigen Verstaatlichung bzw. der Nichteinhaltung der Verträge schützt. Abgesehen von den damit verbundenen hohen Kapitalkosten ist im Sinne einer gesicherten Belieferung mit Rohstoffen auch hier eine breite regionale Streuung der Beteiligungsinvestitionen zu empfehlen.

Dies gilt auch für die staatlich geförderten Prospektions- und Explorationsarbeiten, in die vor allem die kleinen, unbedeutenderen Anbieter unter den Rohstoffländern einbezogen werden sollten. Denn letztlich bietet nur eine regional stark diversifizierte Bezugsstruktur Schutz vor der Ausnutzung monopolistischer Anbieterpositionen. Den Entwicklungsländern wird dagegen durch Prospektions- und Explorationshilfen die Möglichkeit geboten, ihre noch unerschlossenen Rohstoffquellen mit Hilfe ausländischen Know-hows und Kapitals zum Wohle ihrer eigenen Volkswirtschaft zu erschließen und zu nutzen.

Auslagerung von Verarbeitungsstufen

Nicht zuletzt wegen der angestrebten Beschäftigungseffekte und der höheren Wertschöpfung an den Weiterverarbeitungsstufen sind die Entwicklungsländer bemüht, der bergbaulichen Abbau- und der landwirtschaftlichen Anbaustufe ihrer Rohstoffherzeugung weitere Produktions- und Verarbeitungsstufen anzugliedern. Insbesondere im Bereich der Verhüttung und Verschmelzung von NE-Metallen ist eine derartige Entwicklung bereits zu verzeichnen. Hier sind teilweise mit massivem Kapitaleinsatz der Industrieländer, vor allem Japans, der USA, Großbritanniens und der Niederlande, große Hütten- und Schmelzkapazitäten in den Entwicklungsländern entstanden. Dies kann langfristig die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik auf diesem Sektor beeinträchtigen. Eine entsprechende Auslagerung von Weiterverarbeitungsstufen scheint daher zumindest auf lange Sicht unumgänglich.

Berücksichtigt man jedoch die langwierigen und kostspieligen Anpassungsprozesse, die mit einer teilweisen oder vollständigen Auslagerung von Industrien verbunden sind, so könnte auch in der Beteiligung der rohstofffördernden Entwicklungsländer an der Verarbeitung im Industrieland kurz- bis mittelfristig ein geeignetes Instrument zur Kooperation gesehen werden. Unter dem Aspekt, daß dieser Beteiligungserwerb durch die Aufrechnung von Rohstofflieferungen stattfinden könnte, bietet er zudem ein hohes Maß an Sicherheit in bezug auf eine kontinuierliche Belieferung mit industriellen Roh- und Vorstoffen.

Förderungsprogramme und Entwicklungshilfe

All diesen Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie nur mit hohem Kapitalaufwand zu realisieren und mit Risiken behaftet sind, deren Abdeckung ebenfalls mit hohen Kosten verknüpft ist. Geht man jedoch davon aus, daß die Sicherung der Rohstoffversorgung nicht nur ein Anliegen privater Unternehmen, sondern von immer größerer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist, so scheint es unausweichlich, daß das bisherige staatliche Förderungsprogramm der Bundesrepublik im Bereich der Garantie- und Bürgschaftsübernahme, der Kredit- und Zins-erleichterungen sowie der steuerlichen Anreize für Auslandsinvestitionen ausgebaut und verbessert wird.

Inwieweit ein derartiges Förderungsinstrumentarium durch Programme der technischen und Kapitalhilfe im Rahmen der Entwicklungspolitik ergänzt werden kann, ist im Einzelfall zu prüfen. Ansatzpunkte für eine Kombination aus privatem Engagement und staatlicher Entwicklungshilfe sind neben jeder Form der technisch-wirtschaftlichen Beratung überall dort gegeben, wo die Auslandsinvestition durch Investitionen in den Infrastrukturbereich eines Entwicklungslandes eingebettet werden muß.

Bei solchen Überlegungen darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Einsatz der staatlichen Entwicklungshilfe in erster Linie den Interessen der Entwicklungsländer dienen sollte. Dies hat zumindest zweierlei Konsequenzen für die Rohstoff-sicherung: Einmal kann es unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es eine Vielzahl von Entwicklungsländern gibt, die über keine Rohstoffvorkommen verfügen, nicht angehen, daß die Bundesrepublik ihren Entwicklungshilfeeinsatz künftig ausschließlich auf Rohstoffländer konzentriert. Zum anderen muß die Bundesrepublik – notfalls ohne Berücksichtigung der eigenen Versorgungsinteressen – Projekte der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung in den Entwicklungsländern fördern, wenn diese für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes von positiver Bedeutung sind.